

Dill-Beitung

Zeitung für das Dilltal

Dillenburg Tageblatt

Amliches Kreisblatt für den Dillkreis

Ausgabe täglich nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: Vierteljährlich ohne Frangobrief 1,20 M. Bestellungen nehmen entgegen die Geschäftsstellen, die Zeitungsboten und die Land-Verleger, sowie sämtliche Postanstalten. Geschäftsstelle und Schriftleitung Schullstraße 1. — Fernruf Nr. 24. — Postcheckkonto 8563 Frankfurt a. M. — Bankkonten: Landesbankstelle Dillenburg und L. Pfeiffer, Depositionskasse, Dillenburg.

Anzeigenpreise: Die 6gepaaltene Zeile 20 Pfennig, Achtzeilenzeile: (Spalten) 60 Pfennig. Bei Wiederholungs-Druckungen entsprechend Rabatt oder günstige Zeilen-Abzählung. Offertenzettel oder Anzeigen durch die Geschäftsstelle 25 Pf.

Nr. 245 Freitag, den 18. Oktober 1918 78. Jahrgang

Erneuter Durchbruchs-Versuch vereitelt.

In Erwartung unserer Antwortnote.

Berlin, 17. Okt. Die deutsche Regierung befindet sich entgegen anders lautenden Nachrichten seit gestern im Besitz des amtlichen Wortlauts der letzten Wilson'schen Note.

Berlin, 17. Okt. Wie gestern abend aus Kreisen der Mehrheitsparteien verlautet, wird die deutsche Antwortnote an Wilson mutmaßlich bereits heute abend, spätestens Freitag früh, dem schweizerischen Gesandten zur Weiterleitung überhandt werden. Bezüglich ihres Inhalts wurde in den gestrigen Fraktionsitzungen allgemein berichtet, daß sie abtätlich den Weg zu weiteren Verhandlungen freiläßt und daß ihre Form den Präzedenzfall von einer restlosen Bekanntgabe feiner Friedensbedingungen veranlassen wird, um eine schnelle Klärung der ganzen Situation herbeizuführen. Der Chef des Admiralsstabes der Marine, Admiral v. Scheer, ist in Berlin eingetroffen.

In den Fraktionsitzungen der Mehrheitsparteien ist die Meinung über die fernere Haltung des Präsidenten Wilson auf die zu ergehende zweite deutsche Antwortnote nur insofern einig, daß man mit einem Fortgang des Notenwechsels und damit doch mit der Möglichkeit einer nicht mehr ferneren Beendigung des Krieges rechnet. Ein Abbruch der Besprechungen wird als ausgeschlossen erklärt, ein weiteres Entgegenkommen der Reichsregierung auf die Forderungen Wilsons im sachlichen Sinne sei zu erwarten.

Stimmen der Vernunft.

Basel, 17. Okt. Das englische Blatt „Manchester Guardian“ empfiehlt in seiner Montagsausgabe den Alliierten die Zuziehung einer neutralen Macht zur Festsetzung der Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen. Es müsse dem deutschen Volke die Demütigung erspart bleiben, Bedingungen einseitiger Art anzunehmen. Ohne eine Verständigung mit Deutschland würde niemals die Idee des Griechischen Völkerbundes in dem kommenden Frieden zur Durchführung kommen.

Genf, 17. Okt. Die französische Zeitung „Humanité“ meldet, daß der Vorkommensauschuss der französischen Sozialistenpartei am nächsten Sonntag zusammentritt, um eine Kundgebung für den allgemeinen Verständigungsfrieden zu beschließen.

Der französische Horen-Ausschuss nahm am Montag einen Bericht des Kriegsministeriums entgegen über die Vorbereitungen Frankreichs für einen Winter- und Frühjahrsfeldzug und die Verwendung des Jahrganges 1920. Der „Monner“ „Progres“ meldet, die allgemeine Auffassung in der Ausschussführung sei gewesen, daß man sich noch vor Beginn der Winteroperationen im Zustand der Friedensbesprechungen befinden werde.

Zur Antwort Wilsons.

Wien, 17. Okt. (B. V.) Die Blätter sprechen übereinstimmend die Überzeugung aus, daß die neuen Forderungen Wilsons Deutschland vor neuerliche schwerwiegende Entscheidungen stellen und den Friedensweg in eine hundertfache Richtung bringen, ohne ihn aber vollkommen zu verperren. Die Mehrzahl der Blätter führt aus, daß Wilson bezwecke, das deutsche Volk zu demütigen oder in einen Verzweiflungskampf hineinzutreiben, weil er dadurch den von ihm propagierten Frieden der Verständigung und Verständigung, sowie einen Dauerfrieden unmöglich machen würde.

Die „Neue Freie Presse“ fragt, wie sich Wilson der Vorstellung hingeben könne, daß sich das deutsche Volk aus Unterwürfigkeit gegen eine Person wie eine Herde in die Schlacht treiben lasse, und daß 70 Millionen mehr als 50 Monate darüben. Eine solche Hingabe und Opferbereitschaft könne nur der Treue zum Lande, nicht dem Gehorsam gegen einzelne Personen entspringen.

Zürich, 17. Okt. Die „Neue Zürcher Zeitung“ bemerkt zur Antwort Wilsons: Seine Forderung nach einer radikalen Aenderung der deutschen Regierungsform werde kaum erfüllt bleiben; bereits könne die deutsche Regierung auf wichtige Aenderungen der Reichsverfassung hinweisen und sie werde wohl auch weiter dafür sorgen, daß alles, was nach Absolutismus ausschaut, den Abschied erhalte.

Amsterdam, 17. Okt. Die „Westminster Gazette“ schreibt zur neuen Note Wilsons, sie sei nicht an die deutsche Regierung, sondern an das deutsche Volk gerichtet. Wenn dieses den Mut und die Unabhängigkeit der anderen Völker besitze, würde es dies dadurch beweisen, daß es mit der Regierungsklasse umfäume, die es ins Unglück gestürzt habe. Andernfalls fehle der Wille oder die Kraft, die Tyrannei abzuschütteln, und müsse der Friede wie Wilson sage durch den Verstand, nicht durch das deutsche Volk errungen werden. Die Ball Wall-Gaube verlangt in größerer Tonart die Entzerrung des Kaisers und der Generale. — (Der Zweck, das deutsche Volk seiner Führer zu berauben und es dadurch zur Ohnmacht zu verdammen, ist zu durchführbar, als daß demartige gute Ratwörter ernst genommen werden könnten.)

Basel, „Daily Telegraph“ meldet aus Paris: Der alliierte Kriegsrat hat sich in seiner letzten Sitzung als endgültig für die Fragen des Friedens und des Waffenstillstands erklärt. Der Kriegsrat hat seine neue Tätigkeit mit der Begutachtung der Wilson'schen Forderungen an die Mittelmächte, begonnen.

Amsterdam, 17. Okt. (B. V.) Nach einer Neutermeldung aus New York schreibt die „New York Times“ über die Antwort Wilsons: „Der Präsident spricht den Amerikanern aus der Seele, wenn er die Uebergabe Deutschlands für die notwendige Vorbedingung für Friedensverhandlungen erklärt. Die „New York Tribune“ schreibt: „Die Antwort des Präsidenten soll es der kaiserlichen Regierung unmöglich machen, dem deutschen Volke zu sagen, wir ersuchten vergeblich um Frieden unter Wilsons eigenen Bedingungen.“

Genf. Der „New Yorker Herald“ meldet aus New York: Der Senatsauschuss beriet am 14. Oktober über die allgemeine Lage. Vanising gab Erklärungen zu der zweiten Note Wilsons ab, die vom Senatsauschuss einstimmig gebilligt wurden.

Genf. Der Pariser „Temps“ veröffentlicht eine New Yorker Depesche, wonach Vanising im Senatsauschuss auf eine Anfrage Lodge's versicherte, die Bedingungen Wilsons seien endgültig. Eine weitere Anfrage Lodge's, ob Amerika nicht auch die Erfüllung seiner Kriegskosten verlange, blieb unbeantwortet.

Basel. Die „Morningspost“ meldet aus New York, daß die New Yorker Börse ihre Stimmung in Friedenswerten wenig geändert habe. Man erwarte eine Annahme der Wilson'schen Bedingungen durch die Mittelmächte. Wenn auch erst nach einem nochmaligen Noten-austausch.

Wilson und der Senat.

Berlin, 17. Okt. (B. V.) Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt redaktionell unter der Überschrift: „Präsident Wilson und die öffentliche Meinung in Amerika“ u. a.: Die Rolle des Schiedsrichters, die Präsident Wilson in der Entente und nach Lage der Politik in der Welt spielt, rief die Vorstellung hervor, daß er in seinen Entschlüssen unbedingt frei und an nichts anderes gebunden sei, als an sein eigenes Urteil und Gewissen. Es ist jedoch fraglich, ob das Bild eines nur aus reiner Erkenntnis schöpfenden Weltensichters historisch zutreffend ist. Bei näherer Betrachtung der politischen Verhältnisse Amerikas konnte man jedenfalls zu einigen Einschränkungen dieser Vorstellung gelangen. Nach Artikel 2, Absatz 2 der amerikanischen Bundesverfassung ist dem Präsidenten der Senat, das Oberhaus des amerikanischen Kongresses, beigeordnet, wenn es gilt, Verträge mit fremden Mächten zu schließen, und zwar ist für die Ratifikation von Verträgen eine Zweidrittelmehrheit der anwesenden Senatoren erforderlich. Wilson muß also für seine Friedenspolitik in erster Linie den Senat mit in Rechnung stellen. Nun liegen die Parteiverhältnisse in dieser Körperschaft gegenwärtig so, daß die Demokraten, die Partei Wilsons, nur eine schwache Mehrheit haben; denn das ehemalige Verhältnis, 56 Demokraten und 40 Republikaner, verlor sich nach etwas zu Ungunsten der Demokraten. Am 4. März des nächsten Jahres scheidet verfassungsmäßig ein Drittel der Gesamtzahl, also 32 Senatoren aus. Die Neuwahlen für die 32 Sitze finden am 5. November ds. J. statt und stehen also dicht vor der Tür. Mit diesem neuen Senat wird Wilson also vielleicht den Frieden zu realisieren haben, und es ist klar, daß ihm dieser Umstand einige Rücksichten auf die in dieser Körperschaft vertretenen Strömungen aufzählt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt weiter: Nun ist es Herr Wilson zwar gelungen, entgegen der ursprünglich vorhandenen Stimmung das ganze Land für seine Kriegspolitik zu sammeln; in der Friedensfrage jedoch hat ihm die republikanische Minderheit des Senats am 23. 8. 1918 die Fehde erklärt. Ja, Spencer ist durch Cabot Lodge. Dieser „grand old man“ der republikanischen Partei hat die Friedensidee Wilsons also jetzt als Friedensgrundlage angenommen und den vierzehn Punkten seine zehn konkreten Friedensbedingungen entgegengesetzt, die nichts anderes bedeuten, als einen auf deutschem Boden diktierten Gewaltfrieden. Nach ihm soll u. a. Elsass-Lothringen bedingungslos an Frankreich zurückfallen, alle von Russland losgelassenen Provinzen sollen mit Russland wieder vereinigt werden und Konstantinopel ein Freihafen sein in den Händen der Alliierten. Die zehn Forderungenprinzipien Lodge's fanden in der amerikanischen Öffentlichkeit eine breite Unterlage. Es ist nicht zu bezweifeln, daß Präsident Wilson und seine Partei in einem schweren Kampfe gegen diese populären Richtungen stehen. Zur Seite tritt ihm vor allem die Hearst-Presse, die sich schon seit den ersten Tagen des Krieges durch eine bemerkenswerte Besonnenheit auszeichnet und die Wilson noch kürzlich gegen Roosevelt in Schutz nahm. Präsident Wilson zeigte durch seine erste Note, daß er auch in der Friedensfrage entschlossen ist, seinen Willen durchzusetzen und sich zunächst nicht von der Richtung Lodge's und den sie unterstützenden Stimmungen zu einem brutalen Zuschlagen der Friedensstär hinreißen zu lassen. Das bewies seine Note vom 8. Oktober. Dagegen unverkennbar, daß Wilson in seiner zweiten Note an die deutsche Regierung es für nötig befand oder für nötig befanden mußte, der Stimmung weiter amerikanischer Kreise Rechnung zu tragen, die aus dem Uebermut eines in der Vergrößerung geschauten Sieges geboren ist. Ob sich Herr Wilson nur tatsächlich von dieser Richtung her beeinflussen lassen oder ob sie dauernd Ton und Inhalt der amerikanischen Politik beeinflussen wird, muß sich im weiteren Verlauf des Friedensgesprächs herausstellen.

Asquith zum Friedensangebot.

London, 17. Okt. (B. V.) Reuter. In einer Rede im National Liberal Club in London sagte gestern Asquith: „Das Rückgrat des feindlichen Widerstandes ist gebrochen. Die Ziele für die schwerste Prüfung unserer Geschichte auf uns genommen, werden erreicht, falls wir nicht absichtlich und unbefonnen darauf verzichten. Asquith kam auf die große Entscheidung zurück, der sich die britische Regierung Anfang August 1914 gegenüber sah, und sagte: Wir hätten alles können, aber niemand in England wird wünschen, daß das Land damals eine solche Entscheidung getroffen hätte. In dem England seinem Gewissen folgte, hat es die Welt gerettet. Hätten wir beiseite gestanden, so wäre Deutschland eine dauernde Bedrohung auf politischem und kommerziellem Gebiete (endlich ein Eingeländnis des englischen Geschäftskriegs!) für das übrige Europa und die Welt geworden.“

Niemals zuvor in der Geschichte bewährte sich unsere Macht, die in der Beherrschung der Meere liegt, mehr als gerade in diesem Kriege.

Ueber das Friedensangebot sagte Asquith: Es ist auch richtig, da es offenbar vom Volk ausgegangen ist, daß es in seinem inneren Herzen das Spiel aufgegeben hat. Sollte der Umstand, daß das Friedensangebot nicht an die europäischen Alliierten, sondern an unsere amerikanischen Bundesgenossen gerichtet wurde, darauf berechnet sein, womöglich Intriguen und Eifersucht zu säen, so können wir nur sagen, daß dies ein neues Beispiel für die chronische Plumpheit der deutschen Diplomatie wäre. Es gibt niemand, der besser zum Sprecher unserer gemeinsamen Sache geeignet ist als Wilson.

Bezüglich der letzten Note, die Wilson nicht an Deutschland, sondern an Frankreich allein gerichtet hatte, hob Asquith die Bedeugung und Gerechtigkeit ihrer Bedingungen hervor und betonte die Unmöglichkeit, mit einem Feinde zu verhandeln, der die „Völker“ verankte, mutwillig Städte und Dörfer in Frankreich und Flandern zerstörte und ungläubliche Barbareien an Gefangenen (!) beging. Asquith schloß: Wir müssen uns Sicherheiten verschaffen, daß die Regierung, die uns auffordert, mit ihr zu verhandeln, nicht der alte preussische Militarismus in demokratischer Maske ist.“

Anmerkung des B. V.: Auf die Behauptung des früheren englischen Ministerpräsidenten, daß das Rückgrat des feindlichen Widerstandes gebrochen sei, gibt die Tatsache, daß die Front im Westen in langsamem Zurückweichen ungeboren geblieben ist, die beste Antwort. Präsident Wilson hat von jeher den Kampf für die Freiheit der Meere auf sein Banner geschrieben. Für Deutschland erklärte schon Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg am 9. August 1915, die Freiheit der Meere müsse zum Heil aller Völker errungen werden, damit sie allen Völkern in gleicher Weise dienstbar sein könne. Asquith aber feiert noch heute die Beherrschung der Meere durch Großbritannien als etwas Unantastbares, durch die Geschichte geheiligtes. Auch den eigentlichen Grund dieser spezifisch englischen Auffassung verbergt uns Asquith nicht: In dem England „seinem Gewissen folgend“ in den Krieg eintrat, sollte es hauptsächlich den kommerziellen Wettbewerb Deutschlands verhindern. Weiter meinte er, die Antwort darauf, ob die deutsche Regierung, von der das Friedensangebot ausging, nicht noch der „alte preussische Militarismus in demokratischer Maske“ sei, könne nur das deutsche Volk geben. Aber die Antwort hat Asquith bereits selbst mit der vorhergehenden ausdrücklichen Feststellung gegeben, daß das Friedensangebot vom deutschen Volke ausgegangen sei. Die Begründung freilich, die er dafür gibt, ist nur ein weiterer Versuch, den deutschen Friedensschritt in den Augen der Welt herabzusetzen.

Zum Völkervertrag.

Bern, 17. Okt. Eine Konferenz wissenschaftlicher Vertreter aus den Ländern des Verbandes hat beschlossen, ihre Scherflein zum Völkervertrag beizutragen, indem sie einen Antrag annahm, wonach die persönlichen Beziehungen auf dem Felde der Wissenschaften mit den Feinden erst dann wieder aufgenommen werden sollen, wenn die Mittelmächte in den Kreis der zivilisierten Nationen wieder zugelassen werden.

Die Tagesberichte.

Der deutsche amtliche Bericht.

Großes Hauptquartier, 17. Oktober. (B. V. Amtlich.) Westlicher Kriegshauptquartier:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Auf dem Kampffelde nahmen wir unsere Front in die Linie Blich von Dorchout — Koolkamp — Inghelmünster, im Anschluß hieran hinter die Lys zurück. Nach härtestem Feuer auf das geräumte Gelände fühlte der Feind an unsere neuen Stellungen heran. Beiderseits von Koolkamp griff er sie mit starken Kräften bei Dorchout und Inghelmünster in Teilbereichen an. Auch gegen die Lys-Front bei Horreik und Menen führte er heftige Angriffe. Der Feind wurde überall abgewiesen. Gegen unsere neue Front zwischen Lille und Douai ist der Feind gestern bis in die Linie Capinghen — Alennes les Marais — Carvin — Dignes gefolgt. Am Sello-Abchnitt drang der Gegner bei Haussy in unsere Linien ein. Radfahrer-Bataillone warfen den Feind im Gegenangriff zurück und nahmen die alte Stellung wieder. Die Beschießung

der Stadt Denguin durch englische Artillerie hält an und hat weitere Opfer unter den französischen Einwohnern und Flüchtlingen gefordert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

An der Wisne-Hron zeitweilig Artilleriekämpfe. Erneute Angriffe der Franzosen nördlich von Origny wurden abgewiesen. An der Wisne und an der Alce scheiterten starke französische Angriffe vor unseren neuen Linien westlich von Grandpré.

Heeresgruppe Gallwitz:

Westlich der Alce wurden amerikanische Angriffe, deren Hauptstoß sich gegen Champligneulles und Landres richtete, abgewiesen. Beide Orte wurden gehalten. Die Höhe südlich von Landres blieb nach wechselvollem Kampfe in Feindeshand. Auch auf dem Ostufer der Maas scheiterten erneute Angriffe des Feindes. Bei Abwehr des östlich von Flabas mit Panzertruppen vordringenden Gegners zeichnete sich die erste Landwehr-Division besonders aus.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Vor unserer neuen Front zwischen Jagodina und Risch hat der Feind die westliche Morava — Grubovac — Meslinac erreicht. Tealangriffe, die er aus dieser Linie heraus führte, wurden abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Staatssekretär Bauer über die Kriegsanleihe:

Es komme, wie es wolle, die Kriegsanleihe ist gesichert, dafür wird Reichstag und Regierung sorgen.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 17. Okt. abends. (W.B. Amtlich.) Zwischen Le Cateau und der Oise hat der Feind erneut auf mehr als 35 Kilometer breiter Front angegriffen. Der mit großen Mitteln angelegte Durchbruchversuch wurde vereitelt. Seine Angriffe sind teils vor unseren Linien gescheitert, teils stangen wir sie vor unseren Artilleriepositionen auf. In Flandern, an der Aisne und Marne nur örtliche Kämpfe.

Der österreichische amtliche Bericht.

Wien, 17. Okt. (W.B.) Amtlich wird versandt: In den Sieben Gemeinden wurden italienische Eindringlinge zurückgewiesen. In Albanien spielten sich nördlich von Tirana Kämpfe ab. Die Serben sind bis westlich Morawa vorgeückt. Ihre Angriffe östlich von Krusevac wurden abgeschlagen.

Der Krieg zur See.

Stockholm, 17. Okt. (W.B.) Der schwedische Dampfer „Maja“ (2000 Tn.) wurde an der englischen Küste versenkt. Neun Mann kamen dabei um. — Der schwedische Dampfer „Ohio“ (1800 Tn.) ist am 12. Oktober im Kanal auf der Fahrt von einem englischen nach einem französischen Hafen mit einem unbekannten Dampfer zusammengestoßen und gesunken. Die Besatzung wurde gerettet.

Der innere Zustand des deutschen Heeres.

Bern, 17. Okt. Der Londoner Vertreter der „Westminster Gazette“ meldet seinem Blatt folgendes: „Ich hatte Gelegenheit, mit Soldaten zu sprechen, die an den letzten Kämpfen teilgenommen haben. Sie widersprechen der herrschenden Meinung, daß die deutschen Heere demoralisiert seien. Besonders der Kampf um Cambrai sei äußerst erdittert gewesen, und die Deutschen hätten insgesamt großen Mut und hohe Entschlossenheit gezeigt. Es sei richtig, daß eine Anzahl Gefangene gemacht worden sei, aber nicht mehr als bei früheren Offensiven auf beiden Seiten, und man dürfe durchaus nicht den Schluß ziehen, daß es in der deutschen Heeresmaschine „Krauche“. — Der Berichterstatter hebt in dieser Darstellung eine Warnung hervor, daß Ende des Krieges unmittelbar bevorstehend zu halten. Jedenfalls seien die Soldaten nicht der Meinung, daß die Deutschen weniger tapfer kämpfen würden, wenn sie näher an den Grenzen ihres Vaterlandes ständen.“

Rotterdam, 17. Okt. Der englische Kriegsberichterstatter Hibbs schreibt: Das hauptsächlichste Kennzeichen der heutigen Kämpfe ist die Kraft, mit der der Feind seine Frontlinie verteidigt. Als er unsern Angriff sich nähern sah, wurden Verstärkungen vorgeschickt. Die Truppen hielten den Auftrag, sich bis zum Untergang zu verteidigen. Die Deutschen zeigten große Unerschrockenheit. Die 1. Bayerische Reserve-Division griff zwischen Edeghem und Razeberg mit großem Mut an.

Burians Rücktritt.

Von unserem Berliner Vertreter.

Graf Burian hat aus der politischen Situation seine Konsequenzen gezogen, und nach seiner Rede in den Delegationen Kaiser Karls die Entlassung angeboten. Die äußere Veranlassung für diesen Schritt ist der Widerspruch gewesen, der zwischen dem Optimismus des Kaisers der Würdigen Politik Österreich-Ungarns und den Forderungen Wilsons klappte, aber maßgebend für die Demission sind die Vorgänge gewesen, die sich in den letzten Wochen in der inneren Politik Österreichs abgespielt haben und die auch in den Kundgebungen der slavischen Parteien bei den Sitzungen der Delegationen ihren Ausdruck gefunden haben. Bei den Beratungen der Delegationen hat sich offiziell bestätigt, daß die Politik der Slaven sich mit Notwendigkeit auf der einmal beschrittenen Bahn fortbewegt und daß sie gewillt sind, auch die letzten Konsequenzen zu ziehen und sich endgültig aus dem österreichischen Staatsverbande loszusagen. Nach diesem Schritt konnte ein ähnlicher Ungarns nicht ausbleiben. Außerdem hat sich bereits der südslavische Nationalrat in Vgram konstituiert, der nicht nur die Unabhängigkeit Kroatiens proklamiert, sondern auch Ansprüche auf ungarisches Gebiet und auf Zume erhebt. In gleicher Zeit verkauert bereits, daß neben der Selbstständigkeitsklärung Ungarns auch die Kroaten ihr Votum für ein eigenes nationales Gemeinwesen abgeben werden. Damit ist die äußere Lösung Ungarns von Österreich endgültig vollzogen, die innere hatte bereits im Laufe des Krieges erhebliche Fortschritte gemacht. Die Erklärungen, die die Slaven in der Sitzung der österreichischen Delegationen abgegeben haben, haben einen

fast gleichlautenden Text, woraus sich von neuem auf die innere Einheitslichkeit ihres Handelns schließen läßt. Ihre Bitte ist damit zu erklären, daß sie einen eventuellen Friedenskonkret vor vollendete Tatsachen stellen wollen und vermeiden wollen, daß das Votum der Großen ihre eigenen Entschlüsse dirigiert. Die Nachrichten, die namentlich aus Böhmen herübergedrungen sind, lassen erkennen, daß die Vorbereitungen zur staatlichen Selbstständigkeitsklärung der Slaven bereits kurz vor ihrem Abschluß stehen. An verschiedenen Orten Böhmens wurde bereits die selbständige tschechische Republik proklamiert. Es damit die Staatsform des neuen böhmischen Staates endgültig festgelegt ist, bleibt allerdings noch die Frage. Denn sowohl das tschechische Bürgertum, wie die Vertreter der landwirtschaftlichen Kreise treten für die Monarchie ein, und es verläutert bereits, daß der eine Sohn des ermordeten Erzherzogs-Thronfolgers zum König von Böhmen ausersehen ist. Auch die Polen haben bereits die entscheidenden Schritte getan und ihre Vertreter sind schon auf dem Wege nach Warschau, um sich mit den Polen des Königreichs wegen der gemeinsamen Schritte zur Schaffung des selbständigen Staates in Verbindung zu setzen.

Alle Anstrengungen Kaiser Karls und seiner Ratgeber haben diese Entwicklung nicht mehr aufzuhalten vermocht und die Würfel über das Schicksal Österreichs und damit auch über das Schicksal Burians sind in einer Zusammenkunft gefallen, die die Vertreter der Parteien des Reichsrats im kaiserlichen Hauptquartier hatten. Hier wurde von den Slaven der Vorschlag des Völkerministeriums abgelehnt und jenes Vakuum geschaffen, das augenblicklich die politische Lage in Österreich kennzeichnet.

Naturngemäß bleibt den Deutschen Österreich nichts anderes übrig, als ihrerseits die politischen Konsequenzen zu ziehen. Wohin diese Wege führen, zeigt ein Artikel der Arbeiterzeitung, des Organs der deutschen Sozialdemokratie Österreichs, in dem für eine Selbstständigkeitsklärung Deutsch-Österreichs plädiert wird und ernsthaft die Notwendigkeit des Anschlusses an das Deutsche Reich erwogen wird. Dieser Umschwung der Anschauungen im sozialdemokratischen Lager, in dem man bisher durch Ausbiederung aller Kräfte für den föderalistischen Nationalitätenstaat eingetreten ist, zeigt, wie gering die Hoffnungen auf eine Rekonstruktion des alten Österreichs mit neuen Mitteln sind.

Der Rücktritt des Grafen Burian bildet äußerlich den Markstein für den beginnenden Umschwung der Verhältnisse in der Donaumonarchie. Er gehört zu den Männern, die unter schwierigen Umständen Größeres geleistet haben, als es im Augenblicke scheint. Burian war einer der Sachwalter des mit unzähligen Fehlern der Vergangenheit belasteten alten Systems im Habsburger Reich. Seine Aufgabe bestand darin, mit den auseinanderstrebenden Kräften auszukommen und sie zu stärfster Wirkung zu vereinigen, eine Aufgabe, die bei dem österreichischen Chaos die Kräfte der Besten verschlang und ihnen die Zeit zu produktivem Wirken nach außen nahm.

Zwei Erlasse des Kaisers Karl von Österreich.

Wien, 17. Okt. (W.B.) Eine Sonderausgabe der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht folgendes kaiserliche Manifest:

An meine getreuen österreichischen Völker!

Seitdem ich den Thron bestiegen habe, ist es mein unentwegtes Bestreben, allen meinen Völkern den ersehnten Frieden zu erringen sowie den Völkern Österreichs die Bahnen zu weisen, auf denen sie die Kraft ihres Volkstums unbehindert durch Hemmnisse und Weibungen zur siegreichen Entfaltung bringen und für ihre geistige und wirtschaftliche Wohlfahrt erfolgreich verwerten können. Das furchtbare Ringen des Weltkrieges hat das Friedenswerk bisher gehemmt. Heidenmut, Treue und opferwilliges Ertragen von Not und Entbehrungen haben in dieser schweren Zeit das Vaterland rühmvoll verteidigt. Die harten Opfer des Krieges müssen uns einen ehrenvollen Frieden sichern, an dessen Schwelle wir heute mit Gottes Hilfe stehen. Nunmehr muß ohne Säumnis der Neuaufbau des Vaterlandes auf seinen natürlichen und daher zuverlässigen Grundlagern in Angriff genommen werden. Die Wünsche der österreichischen Völker sind hierbei sorgfältig miteinander in Einklang zu bringen und ihrer Erfüllung zuzuführen. Ich bin entschlossen, dieses Werk unter freier Mitwirkung meiner Völker im Geiste jener Grundsätze durchzuführen, die ich die Verbündeten Monarchen in ihrem Friedensangebot zu eigen gemacht haben. Österreich soll dem Willen seiner Völker gemäß zu einem Bundesstaate werden, in dem jeder Volkstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Österreichs mit einem unabhängigen polnischen Staate wird hierdurch in keiner Weise vorgegriffen. Die Stadt Triest samt ihrem Gebiete erhält den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend eine Sonderstellung. Diese Neugestaltung, durch die die Integrität der Länder der ungarischen heiligen Krone in keiner Weise berührt wird, soll jedem nationalen Einzelstaate seine Selbständigkeit gewährleisten. Sie wird aber auch gemeinsame Interessen wirksam schützen und sich überall dort zur Geltung bringen, wo die Gemeinsamkeit ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatenwesen ist. Insbesondere wird die Vereinigung aller Kräfte geboten sein, um die großen Aufgaben, die sich aus den Auswirkungen des Krieges ergeben, nach Recht und Billigkeit erfolgreich zu lösen. — Bis diese Umgestaltung auf geselligem Wege vollendet ist, bleiben die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert bestehen. Meine Regierung ist beauftragt worden, zum Neuaufbau Österreichs ohne Verzug alle Arbeiten vorzubereiten. An die Völker, auf deren Selbstbestimmung das neue Reich sich gründen wird, ergeht mein Ruf, an dem großen Werke durch Nationalräte mitzuwirken, die — gebildet aus Reichsratsabgeordneten jeder Nation — die Interessen der Völker zu einander sowie im Verkehr mit meiner Regierung zur Geltung bringen sollen.

So möge unser Vaterland, gestützt durch die Eintracht der Nationen, die es umschließt, als ein Bund freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen. Der Segen des Allmächtigen sei über unserer Arbeit, damit das große Friedenswerk, das wir errichten, das Glück aller meiner Völker bedeutet.

Wien, 16. 10. Karl m. p. Hussarek m. p.

Gleichzeitig wendet sich Kaiser Karl folgendermaßen an Armee und Flotte:

Den Wünschen aller Völker Österreichs entsprechend, erfolgt ihr Zusammenschluß in nationale Staaten, vereint in einem Bundesstaate. Wenn hierdurch einerseits Hemmnisse beseitigt werden, die im Zusammenleben der Völker bestanden, so soll andererseits gemeinsam Schaffen zum Wohle des

eigenen Volkes und Vaterlandes künftighin ungehemmt freie Bahn offen sein. In diesem bedeutungsvollen Augenblicke wende ich mich an die Armee und Flotte. In Euren Reihen hat die Treue und Einigkeit alle Nationen untereinander und mit mir stets unlässbar verbunden.

Unerschütterlich ist mein Vertrauen, daß der seit alterher und auch jetzt wohlbedäurte Geist der Treue und Eintracht unverrückbar fortbestehen wird. Ich wollen wir bewahren. Er werde Österreichs neuen Staaten das kostbarste Erbe, ihnen und mir zu Lust und Frommen. Das wolle Gott! Schönbrunn, 17. Okt. Karl m. p.

Die Reichs- und freikonservative Partei

erlassen folgenden Aufruf: Das christliche Friedensangebot Deutschlands ist von seinen Feinden mit Zünatungen beantwortet worden, wie sie schmachvoller und schändlicher einem Volke nicht geboten werden können. Durch Jahrhunderte lange Kulturarbeit erworbenes deutsches Land im Osten des Reiches sollen wir der Fremdberrschaft anheften. Wir sollen eingestehen, daß die Wiedereroberung der deutschen Lande Ost-Lothringen, die uns Frankreich in einem ruflos vom Zaune gebrochenen Kriege entrissen hat, ein Unrecht gewesen ist, das wir wieder gut zu machen hätten. Unsere tapferen Heere und unsere lähne Flotte werden in unerhörter Weise beschimpft und geschmäht. Uns selbst sollen wir dadurch enteignen, daß wir das Königstum Hohenzollern, mit dem wir durch unblutige Bande der Liebe und Treue verbunden sind und Jahrhunderte hindurch Freude und Leid geteilt haben, vernichten oder doch seine Macht zu tatsächlicher Unvermögen herabmindern und dann sollen wir uns waffenlos an Händen und Füßen gefesselt unseren Feinden auf Gnade und Ungnade ergeben. Die Vernichtung Deutschlands ist das Kriegsziel der Feinde. Was in fleißiger Arbeit der Deutsche mit Kopf und Hand geschaffen, soll vernichtet werden, der Eigentümer beraubt, die Arbeiter brotlos werden. Das ist der Rechtsfriede, den die Feinde mit uns schließen wollen. Kein Streit der Parteien darf je mehr die Einigkeit im Innern gefährden. Alles Trennende seien wir zurück und folgen entschlossen den Führern, die uns zur mutigen Verteidigung des Vaterlandes aufrufen werden. An unsere Parteigenossen und an das ganze deutsche Volk geht unser Ruf: Ob, wenn die Stunde es fordert, dein Leptes für Deutschlands Ehre, Freiheit und Unverletztheit. Jhr. v. Gamp. Lübeck.

Aufhebung des Bundes der Industriellen.

Berlin, 17. Okt. Der Vorstand des Bundes der Industriellen hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Der Bund der Industriellen stellt sich in dieser ersten Zeit hinter die neu gebildete Regierung und billigt die von ihr unternommenen Friedensschritte. Sollten die zur Erreichung eines ehrenvollen Friedens zu führenden weiteren Verhandlungen nicht zu dem angestrebten Erfolge führen, ist der Verband der Industriellen bereit, gemeinsam mit der Volkshervretung und allen Kreisen und Ständen des deutschen Volkes an der Organisation der nationalen Verteidigung mitzuwirken. Der Bund der Industriellen stellt seine gesamte Organisation und die Arbeitskräfte seiner Mitglieder zur Verfügung, wenn es gilt, das deutsche Volk zum letzten, entschlossenen Widerstande aufzurufen.

Ein Aufruf des deutschen Arbeiterkongresses.

Berlin, 17. Okt. Der Ausschuß des deutschen Arbeiterkongresses, Behrens, Stegerwald, Besh, erließ einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Der Augenblick ist nicht geeignet, Schuldfragen aufzuwerfen, weil sie die verschiedenen Stände und Volksschichten entzweien würden, die Stunde erfordert aber größtmögliche Geschlossenheit nach innen und nach außen. Ihr Vertreter an der Front! Unsere Hoffnungen auf einen guten Ausgang der eingeleiteten Friedensbemühungen gründen sich auf Euren Heidenmut. Wir gedenken Eurer beispiellosen Taten auf allen Schlachtfeldern. Euch verdanken wir, daß unsere Heimat von den Verheerungen des Krieges verschont geblieben ist. In diesem schicksalsschweren Augenblick gilt es mehr denn je die lebendige Mauer, die Ihr vier Jahre mit Euren Weibern geöltet habt, aufrecht zu halten, damit nicht die Feinde den heiligen Boden des Vaterlandes überfluten. Ihr könnt nicht zulassen, daß noch in letzter Stunde die furchtbaren Schrecken des Krieges über Heimat und Herd zermalmend hinweggehen. Ihr in der Heimat! Jahrelang habt Ihr die größten Entbehrungen und Opfer auf Euch genommen. Wohin immer die Stunde der Not Euch rief, habt Ihr das Beste aufgebunden, um für unsere Kämpfer an der Front durch Eure Arbeit die starke Stütze zu sein. Wehr wie je gilt es jetzt nicht zu erschöpfen, sondern bis zur Erreichung eines ehrenvollen Friedens mit verdoppelter Kraft einzustehen für Pflichterfüllung und Ehre bis zum äußersten.“

Christl.-nat. Heimarbeiterrinnen an die Kaiserin.

Breslau, 17. Okt. (W.B.) Die Kriegstogung der christlich-nationalen Heimarbeiterrinnen richtete an die Kaiserin folgendes Telegramm: In unerschütterlicher Treue grüßen die christlich-nationalen Heimarbeiterrinnen in einer Zeit bitterer Not ihre geliebte Kaiserin. Wie sie bereit waren und sind, weiter mit ungebrosenem Mute die Räte des Krieges zu tragen, wenn unser Friedensangebot zurückgewiesen wird, so geloben sie, in den kommenden schweren Zeiten sich und ungebrenzt mit daran arbeiten zu wollen, daß Deutschland demnach eine glückliche Zukunft hat. Gott sei mit unserem Vaterlande und unserem Kaiserthum. — Darauf ist folgende Antwort eingegangen: Herzzerrend sind mir die Grüße der christlich-nationalen Heimarbeiterrinnen. Ich danke Ihnen allen für dieses in schwerster Zeit dargebrachte Trutzgelöbniß, aus dem Kraft, Zuversicht und Gottvertrauen spricht. Die deutsche Front, die sich so bekant, ist unseren tapferen Streitern der beste Rückhalt. Gott wird weiter helfen. Auguste Viktoria.

Die Zeichnungsfrist zur Kriegsanleihe verlängert!

Berlin, 17. Okt. (W.B.) Von den verschiedensten Seiten ist an das Reichschatzamt und an die Reichsbank das Ersuchen gerichtet worden, die Zeichnungsfrist für die 9. Kriegsanleihe zu verlängern. Wie wir erfahren, ist beabsichtigt, diesen Anregungen stattzugeben und den Zeichnungsschluß um ungefähr vierzehn Tage hinauszuschieben. Der endgültige Schlußtermin dürfte in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus

verlangte Graf Michael Karolich die sofortige Öffnung von Friedensverhandlungen ohne Rücksicht auf die bisherigen politischen Interessengemeinschaften. Unter heftigen Ausfällen gegen die Partei Tisza forderte er, daß die Urheber des Krieges strengstens zur Verantwortung gezogen würden. Bei diesen Worten erhub der Zuhörer: „Bezählte Ententeagenten!“ Martin Kovacs Mitglied der Karolichpartei, rief: „Wir erklären, daß wir Entente Freunde sind!“ Bei diesen Worten erhob sich

große Tumult und es wurden zornige Zwischenfälle gegen Sobass laut. Nachdem der Präsident vergeblich versucht hatte, die Ordnung wiederherzustellen, unterbrach die Sitzung.

Budapest, 17. Okt. (B.A.) Als nach Schluß der Sitzung Abgeordnetenhaus Graf Tisza seinen Kraftwagen benutzen wollte, näherte sich ihm ein Busche mit einem Revolver in der Hand. Der Wagenlenker schlug den Buschen ins Gesicht, so daß dieser zurücktaumelte und den Revolver fallen ließ. Er konnte keinen Schuß abgeben und wurde von Polizeibeamten festgenommen.

Ein Attentatsversuch auf Tisza.

Budapest, 17. Okt. (B.A.) Der Verüßer des Attentats gegen den Grafen Tisza gab bei seinem vorläufigen Verhör an, daß er Johann Bela Leitner heiße, 33 Jahre alt und Beamter der Futtermittelsentrale sei. Er erklärte ferner, daß er ein Attentat gegen den Grafen Tisza verüßeln wollte, weil er ihm ein Hindernis für den Frieden und einen Unerwarteter Verlängerung des Krieges erblicke. Im Verlaufe des Verhörs fügte er hinzu, daß er beabsichtigt habe, gegen den Staatssekretär von Hingy während dessen Budapestischer Aufenthalt ein Attentat zu verüßeln; doch sei Hingy vor Ausbruch des Verüßes abgereist gewesen.

Die Türkei und die Mittelmächte.

Berlin, 17. Okt. (B.A.) Wie die Korrespondenz aus Istanbul aus der Türkei meldet, beschäftigt sich ein großer Teil der Presse eingehend mit der Frage, in welchem Maße gegenwärtige Dreieund zwischen der Türkei und den Mittelmächten noch bestehe. Allgemein wird verlangt, daß die türkische Dessehnlichkeit darüber aufgeklärt werde, in welchem Maße man noch auf die Verbündeten zählen könne. Dies sei besonders notwendig mit Rücksicht auf die Entscheidung der Lage auf dem Balkan. Der „Sabah“ fordert die neue Regierung auf, ohne weitere Rücksichtnahme entsprechend dem Wohl der Türkei vorzugehen.

Aus Rußland.

Berlin, 17. Okt. (B.A.) Wie die russische Botschaft in Berlin in Kürze ein Anschlag verüßt wurde, vollständig unbegründet.

Kopenhagen, 17. Okt. Das hiesige Nachrichtenbureau der russischen Sowjetregierung veröffentlicht eine Meldung, nach der in Penza 250 Geiseln von den Bolschewiken erschossen worden seien, als Vergeltung für die Ermordung des Mitglieds des Untersuchungsausschusses Jozan und für den Ueberfall auf einen Gefängnisaufseher.

Petersburg, 17. Okt. (B.A.) Die „Zewernaja Stomka“ meldet, daß in Nikost der Priester Popoff eine Agitation gegen die Sowjetgewalt erschaffen wurde, worauf in Saratow der aktive Monarchist Pope Blaw wegen Agitation und Verbreitung von Proklamationen gegen die Sowjetgewalt zum Tode verurteilt wurde. Neben anderen Personen zu Zwangsarbeit von zehn bis fünfzehn Jahren verurteilt wurden.

Moskau, 17. Okt. (B.A.) „Utro Moskoy“ meldet, daß die Frage der Amnestie eine Spaltung in Sowjetrußland hervorgerufen hat. Ein Teil befürwortet eine Wiedergeburt der terroristischen Tätigkeit, eine Veröhnung der Intelligenz und eine Amnestie, während einflußreiche Mitglieder mit Rücksicht auf den Zusammenschluß der nationalistischen Kreise gegen die Amnestie auszusprechen.

Moskau, 17. Okt. (B.A.) Nach einer Meldung von der „Pravda“ erklärte der Ministerpräsident Wygod den Ministerrat der Presse, der Ministerrat erwarte, daß die Ukraine als selbständiger Staat auf der Friedenskonferenz vertreten sein werde, da nicht nur die Mittelmächte, sondern auch neutrale Staaten die Ukraine anerkennen würden. Die Ukraine unterlege nicht der Räumung, sondern nicht besetztes Gebiet sei.

Stockholm, 17. Okt. (Z.L.) Meldungen aus Moskau zufolge hat der deutsche Generalkonsul von der deutschen Regierung den Auftrag erhalten, die Interessen Russen wie der Deutschen zu wahren und gegen Verletzung der Rechte der Russen zu protestieren.

Parlamentarisches.

Breslau, 17. Okt. (B.A.) Die „Schlesische Volkszeitung“ beschloß in ihrer am 15. d. Mts. abgehaltenen Versammlung einstimmig, den drei Gesetzentwürfen: Wahlge-

setz, Neuordnung des Herrenhauses und Verfassungsanänderung in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse des Herrenhauses zuzustimmen.

Kleine Mitteilungen.

Karlruhe, 1. Okt. Im Kriegslazarett Karlruhe ist gestern der 18jährige Sohn des Staatssekretärs Erzberger an der Grippe gestorben.

Wien, 17. Okt. (Z.L.) Der Krakauer „Raprod“ erfährt aus Warschau, daß im Zusammenhang mit der Ermordung des Chefs der Geheimpolizei Schulze etwa 15 Legionäre verhaftet wurden, im ganzen sollen etwa 100 Personen festgenommen worden sein.

Amsterdam, 17. Okt. Nach einem hiesigen Blatte werden in Holland vorläufig hunderttausend Flüchtlinge aus Belgien erwartet.

Haag, 17. Okt. Neuter meldet aus London: Bisher soll England im Kriege ungefähr eine Million Mann an Toten verloren haben.

Tagesnachrichten.

Essen, 17. Okt. Die Deutsche Vaterlandspartei hatte auf gestern Abend eine öffentliche Versammlung in den Städtischen Saalbau einberufen. Die Versammlung wurde gleich zu Beginn durch Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie, die in großer Zahl auf den Gassen und im Saal verteilt waren, abgebrochen.

Berlin, 17. Okt. Ein Demonstrationenzug von Unabhängigen bewegte sich gestern Nachmittag durch die Linden unter Zusammenlauf einer großen Menge von Zuschauern. Die Polizei begleitete den Zug, dessen Teilnehmer Hochrufe ausbrachten und die Arbeitermarschallise sangen. Als die Menge versuchte, über die Charlottenstraße nach dem Schloß vorzudringen, wurde sie zerteilt und zurückgedrängt. Die Polizei zog bei der Auflösung des Zuges, als sie angegriffen wurde, blank, wobei einige leichte Verwundungen vorgekommen sein sollen.

Leipzig, 17. Okt. Der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Dittmann, der zu einer Festungstrafe von fünf Jahren verurteilt war, ist jetzt begnadigt und aus der Haft entlassen worden.

lokales und Provinziales.

— Unsere Schuld. Wenn man vor kurzem die deutschen Zeitungen in die Hand nahm, konnte man glauben, wir lebten nicht in einem Krieg gegen die ganze Welt, sondern in einem Bürgerkrieg. Wir haben unter ewiger Kritik an den wirtschaftlichen Einrichtungen unserer Willen zur Selbsterhaltung so geschwächt, daß der Feind einen Erfolg erringen konnte, der ihm sonst versagt geblieben wäre. Jetzt muß in jedem Deutschen die Erkenntnis der ersten Stunde geweckt werden. Der Feind ist wild, in unsere Heimat einzudringen. Das wird ihm aber nie gelingen, wenn wir die durch die Wirksamkeit feindlicher Agenten zerplätterten Kräfte unseres Deutschtums sammeln. Noch sind wir inlande, großes Unheil zu verhüten. Handeln wir darnach und bewegen wir auch unseren Soldaten, daß wir ihnen die verdiente Achtung nicht verfahren. Da der Krieger heute nicht mehr soviel Liebesgaben wie früher erhalten kann, so muß er dafür täglich fühlen, daß seine Treue durch Treue vergolten wird.

— Auszeichnung. Domänenpächter Ludwig Tönnemann zu Feldbahrenhof erhielt das Verdienstkreuz für Kriegshilfe.

— Nachdem von der Militärverwaltung eine 14tägige Urfaubsperrung „Weh“ vom 14. Oktober d. Js. angeordnet worden ist, fallen die Militär-Urlauberzüge von und nach der Westfront während dieser Zeit aus. Das Nähere ist aus den auf den Bahnhöfen angebrachten Aushängen zu erfahren.

Herborn, 17. Okt. (Seminarfeier.) Unter den vielen Glück- und Segenswünschen, die das hiesige theologische Seminar an dem hundertjährigen Gedächtnistag seiner Gründung erhalten hat, befindet sich auch ein solcher des stellw. kommandierenden Generals des 18. Ar-

meerkorps, der es verdient, auch in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Es heißt: „Dem Königlichem Seminar übermittle ich anlässlich der Hundertjahrfeier meine aufrichtigen Glückwünsche. Bei dieser Gelegenheit drängt es mich, meinen besonderen Dank zu sagen für die guten Dienste, welche alle nachaufrichtigen Geistlichen, die aus dem dortigen Seminar hervorgegangen sind, draußen im Felde und in den heimatischen Lazaretten in aufopfernder Pflichterfüllung geleistet haben. — Der hundertjährige Gedächtnistag fällt selber in eine ernste Zeit. Von Herzen wünsche ich dem Königlichem Seminar, daß dasselbe nach ehrenvollem Frieden bald wieder seine verantwortungsvolle Aufgabe in ganzem Umfange aufnehmen kann. Riedel, General der Infanterie.“ — Herr Prof. Hauken, welcher schon 27 Jahre an dem hiesigen Seminar tätig ist, erhielt von der theologischen Fakultät in Marburg die theologische Doktorwürde. (Herb. Tagbl.)

Cronberg, 17. Okt. Sägemehl statt Tabak. Ein glänzendes Geschäft machte ein fremder Mann am Sonntag in den hiesigen Wirtschaften mit dem Verkauf von Tabak, da die vorgelegten Proben sogar strengsten Friedensanforderungen entsprachen. Im Handumdrehen waren die Pakete abgesetzt. Als man aber — der Fremdling war längst wieder weg — die Pakete öffnete, bargen sie statt des Tabaks ganz gewöhnliches Sägemehl.

Biedrich, 17. Okt. Den eigenen Vater bestohlen. Ein 19jähriges Mädchen, das erst kürzlich wegen Diebstahls bestraft ist, stahl seinem Vater aus einem verschlossenen Koffer, den es gewaltsam öffnete, ein Sparfassenbuch mit 1000 Mark Einlage und etwa 400 Mark in barem Gelde.

Ober-Ohrmen (Kreis Mosfeld), 17. Okt. Ein Held. Johann Wagner von hier schloß sich mit einem Kameraden zu den feindlichen Tanks und vernichtete mehrere dieser Ungetüme. Da wurden beide entdeckt und gefangen. Es gelang ihnen aber zu entkommen, indem sie nachts durch die Sonne schwammen. Wagner erhielt das Eiserne Kreuz 1. Klasse.

Letzte Nachrichten.

Die Berliner Beratungen.

Berlin, 18. Okt. Das engere Kabinett hielt gestern Vormittag eine fünfstündige Beratung mit den Vertretern der Obersten Heeresleitung ab. Um 5 Uhr wurde die Sitzung des engeren Kriegskabinetts wieder aufgenommen. Es heißt, wie die „Voss. Zig.“ mitteilt, daß ein auf 6 Uhr anberaumter Kronrat, an dem die gesamte Regierung teilnehmen sollte, verschoben wurde. — Am Nachmittag versammelte sich die sozialdemokratische Fraktion zur Besprechung der Lage. Sie dauerte bis gegen 6 Uhr, wo der in es. sozial. Ausschuss zusammentrat.

Das „Berl. Tagebl.“ nimmt an, daß die neue deutsche Note nicht vor Samstag nachmittag abgehen wird. Die Regierung beabsichtigt, wie verlautet, die deutsche Note vor ihrer Absendung den Vertretern der Parteien und dem Bundesratsausschuss für auswärtige Angelegenheiten vorzulegen.

Ein Aufruf der Sozialdemokratie.

Berlin, 18. Okt. Im „Vorwärts“ erläßt der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands einen Aufruf an die deutschen Männer und Frauen. Der Aufruf hebt hervor, daß es gelungen sei, das Deutsche Reich in friedlicher Revolution vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat umzuwandeln, der die Aufgabe hat, dem deutschen Volk Frieden und Freiheit zu bringen. Die Regierung, der Sozialdemokraten angehörend, müsse eine Regierung des Friedens und der demokratischen Ausgestaltung des Landes sein. Der Aufruf bekräftigt das Gelübnis der Sozialdemokratie vom 4. August 1914 und fügt hinzu, mit eigenem Frieden der Bergewaltigung, Demütigung und Verletzung seiner Lebensinteressen wird sich das deutsche Volk nicht mehr abfinden. Der Aufruf warnt das Volk vor den Bestrebungen der extremen rechten und linken Parteien, die jegliche Regierung in Miskredit zu bringen. Er wendet sich ebenso scharf gegen das alldeutsche Demagogentum wie gegen gewisse Treibereien der äußersten Linken, die durch bolschewistische Revolutionsphrasen die Arbeiter gegen die Regierung aufzubekeln versuchen. Derartige Bestrebungen, so heißt es, erschweren nur den Frieden und die friedliche Demokratisierung Deutschlands. Der Aufruf schließt mit der Mahnung, die jetzigen schweren Tage standhaft zu überstehen in dem sicheren Bewußtsein, daß die Zukunft der Völkerveröhnung, der Demokratie und dem Sozialismus gehört.

Der Mutter Sühne.

Roman von H. Courths-Mahler.

Veröffentlichung. Nachdruck verboten.

Bernhard konnte diese Augen nicht vergessen, auch nicht die mühsamen Toden, auf welche die Sonne goldige Strahlen schickte. Und er wußte, daß das kleine, schöne Mädchen hier lebte. Bernhard Gerold mochte mit niemand über diese holdste Erinnerung reden, auch nicht mit dem Oheim. Er hatte etwas anderes vertraute er ihm an, als er zur „Waise“ nach Wische bei ihm auf dem Dwan saß. „Weißt du, der Vater des kleinen Mädchens war, Onkel Fritz?“ „Nein, mein Junge, das heißt du und nicht vertragen.“ „Weißt du nicht, in Mamas Gegenwart. Ich habe dir auch etwas anderes anvertraut.“ „Nimm dich in Acht, Junge, du machst mich neugierig!“ „Bernhard hatte tief Atem.“

„Was hörst du Wendenburg, der Besitzer der großen Maschinenfabrik in Hattensiedel. Die sind berühmt, nicht wahr?“ „Ich habe ihm erzählt, daß ich Ingenieur werden will.“ „Was er sagte, nachdem er mir aufmerksam zugehört.“ „Ich sollte meine praktische Lehrzeit in Hattensiedel bei den Berken absolvieren, und wenn ich dann mit meinem Zeugnis fertig bin, ist mir eine Anstellung dort so gut wie gesichert.“ „Du sagst du nun?“

„Bernhard schüttelte ihm die Hand.“ „Du hast einen glücklichen Griff getan, als du die Maschinenfabrik aus dem Wasser zogst.“ „Bernhard sog die Stirne kraus.“ „Du, wenn ich das bloß diesem Umstande verdanken würde, wäre mir unangenehm.“ „Bernhard sah nachdenklich in seines Neffen Gesicht.“ „Sag mir, oder nicht, mein Junge, mir scheint, das ist ein sehr gutes Geschäft, wenn du es gut findest.“ „Bernhard nickte.“ „Du noch einen Zweifel, Onkel?“ „Bernhard nickte nicht gleich. In den letzten Wochen hatte er in seinem Inneren festgestellt, daß er nicht heiraten wollte. Er hatte sich Maria Rottmann verloren. Und da hatte

er erwaogen, ob es nicht besser wäre, wenn Bernhard in die Fabrik eintrat. Es wäre doch schade, wenn sie einst in fremde Hände käme. Aber nun schob er diesen Gedanken wieder von sich. Bernhard hatte nun einmal keine Lust zu diesem Beruf, und gezwungen würde er nur halbes leisten. Halbes waren aber der Anfang zum Niedergang. Nein, Bernhard sollte als ganzer Mann seinen Beruf ausüben.

„Nein, Junge, ich habe keinen Zweifel und wünsche dir von Herzen Glück zu dem glänzenden Anfang deiner Laufbahn.“ Sie schüttelten sich die Hände. Dann sagte Herbig bestimmt: „In den nächsten Wochen spreche ich auch mit deiner Mutter über diese Angelegenheit. Jetzt habe ich zuviel anderes im Kopfe.“

Boschen Maria Rottmann und ihrem Chef herrschte noch immer die lässliche Zurückhaltung, unter welcher doch beide schmerzliche litten. Maria sah blaß und niedergeschlagen aus, denn die Krankheit ihrer Mutter hatte sich verschlimmert. Schließlich sah sich das junge Mädchen gezwungen, einige Tage aus dem Atelier fortzubleiben. Herbig sah ihren leeren Platz, fragte aber nicht nach ihr.

Am Tage, bevor Maria ausblieb, war Lebed für einige Tage zurückgekehrt. Herbig hatte ihn mit der jungen Zeichnerin zusammen gehen sehen in der Mittagspause.

Am übernächsten Tage brachte ein Dienstmann zwei Briefe von Maria Rottmann in die Fabrik. Es war morgens gegen neun Uhr. Herbig kam gerade über den Hof, um sich in sein Kontor zu begeben, als er den Dienstmann anschlüssig stehen sah.

Er fragte ihn, was er suche, und der Dienstmann überreichte ihm den einen Brief. Dann erkundigte er sich, wo er Herrn Lebed finden würde, weil er diesem ebenfalls einen Brief abzugeben habe. Herbig schickte ihn zu dem Vorarbeiter, der ihm Lebed herbeiführen würde. Dann ging er in sein Kontor. Wie er bereits vermutet hatte, war der Brief von Maria. Sie entschuldigte sich mit kurzen höflichen Worten, das sie aus dem Atelier ohne seine Erlaubnis fortgegangen sei. Ihrer Mutter schwer leidender Zustand habe es nötig gemacht, daß sie zu Hause bleibe. „Deute morgen um sieben Uhr ist meine Mutter gestorben, ich bitte, mich deshalb zu beurlauben, bis ich sie beerdigt haben werde.“

So schloß der Brief. Herbig lehnte mit zusammengezogenen Brauen am Schreibtisch. Ihre Mutter war tot. Sie war in schweren Stunden mit

ihre allein gewesen, und hatte noch schwere Stunden vor sich. Ob er ihr seine Hilfe anbot? Aber da fiel ihm Lebed ein. Natürlich sollte ihn ihr Schreiben zur Hilfe herbeiführen. Ein bitterer Groll stieg in ihm auf.

Unzufrieden mit sich selbst ging er auf und ab, bis ein Klopfen an seiner Türe ihn aufschreckte. Auf seinen Ruf trat Lebed ein. Er bat um Urlaub für einige Stunden. Ohne eine Frage an ihn zu richten, nickte Herbig Gemähr. Er wußte ja auch ohnehin, was der Reisende vorhatte.

Hätte er lesen können, was Maria an Lebed geschrieben, dann hätte er ihm schwerlich so locker nachgegeben. Der Brief lautete folgendermaßen: „Gedienter Herr Lebed! Heute morgen ist meine liebe, gute Mutter entschlafen. Sie wissen, was sie mir war. Ich bin fassungslos und vor Schmerz unfähig, zu handeln. Sie sind der einzige Mensch, an den ich mich in meiner Not wenden kann, bitte, machen Sie sich für einige Stunden frei, es wird ja ohne Schwierigkeiten gehen, und kommen Sie zu mir, damit Sie mir einige notwendige Gänge abnehmen können. In Ihrer demnächst stattfindenden Verlobung mit Helene, von welcher ich eben Nachricht erhielt, will ich Ihnen kein Glück wünschen. Aus einem Trauerhause soll Ihnen nicht der erste Glückwunsch zugehen. Ich behalte ihn mir vor bis später. Hoffentlich können Sie mir meine Bitte erfüllen. Mit herzlichem Gruß Ihre Maria Rottmann.“

In trübem Sinnen verloren sah Herbig an seinem Schreibtisch. Nun würde Maria Rottmann wohl bald Lebeds Frau werden, sie konnte doch nicht lange schmerzlos in der Welt stehen. Vielleicht würden sie nicht einmal das Trauerjahr abwarten. In solchen Fällen ist das ja zu entschuldigen. Und oben im Zeichenlokal würde dann ihr Platz leer sein, sie würde ganz aus seinem Leben verschwinden, als habe sie nie eine Rolle darin gespielt. Gottlos wußte sie wenigstens nichts davon. Was er mittags nach Hause kam, gab er seiner Schwester den Auftrag, eine Blumenpende für das Grab der Verstorbenen zu Fräulein Rottmann zu schicken. Er tat das in so ruhigem, lässlichem Tone, daß Bettina glaubte, er sei bereits geheilt von seiner Reizung, wenn überhaupt eine Befanden hätte. Sie führte seinen Auftrag aus und bestellte in ihrer Dankbarkeit gegen das Glückselbst ein sehr schönes, geschmackvolles Blumengebilde.

(Fortsetzung folgt.)

Protest italienischer Sozialisten gegen die Friedenshemmungen.

Südrich, 18. Okt. Nach italienischen Meldungen erließ die sozialistische Parteigruppe einen Aufruf an die italienische Arbeiterklasse, worin die Arbeiterklasse aufgefordert wird, sich den Machenschaften zu widersetzen, durch welche die alliierten Regierungen einen baldigen Frieden hinausschieben wollen.

Kein türkisches Sonderfriedensangebot.

Genf, 18. Oktober. Der „Petit Parisien“ vom 16. Oktober dementiert das Gerücht, wonach die Türkei Washington einen Sonderfrieden anbot.

Die Vernichtung Cambrais.

Genf, 18. Okt. (Z.L.) Die Genfer „Jeune“ bringt einen Protest aus englischer Quelle, nach dem Cambrai nicht absichtlich zerstört wurde, sondern nach Aussage französischer Offiziere notwendig der Beschädigung bei der jetzigen Offensive geopfert werden mußte.

Allseitiger Widerstand gegen die Umgestaltung in Oesterreich.

Wien, 18. Okt. (Z.L.) Ueber die tatsächlichen Wirkungen des kaiserlichen Manifestes läßt sich noch kein Urteil fällen. Die Tschechen und Südslaven verhalten sich ablehnend gegen die Wünsche der Regierung Hussarek und wollen sich nicht auf die Grenzen Oesterreichs beschränken. Auch die Rumänen in Ungarn verlangen einen eigenen Nationalrat und suchen Verbindung mit Rumänien. In Ungarn treten die Vertreter der deutschen Parteien heute nachmittag zusammen und bereiten eine Kundgebung an die Deutsch-Oesterreicher vor, wollen aber anscheinend erst Wilsons Antwort auf die österreichisch-ungarische Note abwarten. In politischen Kreisen beginnt die Aufassung Boden zu gewinnen, daß der Plan, wie die Regierung die Neugestaltung vornehmen will, bereits als Totgeburt zu bezeichnen sei. Immerhin wäre die Regierungskrise in Oesterreich vorläufig beigelegt worden. Ministerpräsident von Hussarek erklärte wenigstens einigen Abgeordneten, daß von einer Regierungskrise keine Rede sein könne.

Wien, 18. Oktober. Ein von allen deutschen Parteien Schlesiens veranstalteter großer Volkstag erhob Einspruch gegen die Angliederung an den tschechischen Staat. Die Entschlieung verlangt gemäß dem Selbstbestimmungsrecht Anschluß an Deutsch-Oesterreich.

Verantwortl. Schriftsteller: E. Weidenbach - Dillenburg.

Amliche Bekanntmachungen.

Warnung für die Selbstversorger.

Wer dem Schleichhändler und dem Hamsterer Getreide und Kartoffeln aus seiner Ernte verbotswidrig verkauft, schädigt die Allgemeinheit und sich selbst! Wird unsern Kreise ein Teil unserer Vorräte durch Schleichhändler und Hamsterer genommen, so können wir die Mengen, die wir für unser Brot und für die Front abliefern müssen, nur aufbringen, wenn wir die Nation der Selbstversorger herabsagen! Jeder Landwirt weiß, was das für seine Wirtschaft bedeutet. Jeder Landwirt und jede Landfrau möge sich also sagen: Das, was jetzt der Schleichhändler und der Hamsterer zum Schaden der Allgemeinheit davonträgt, mußt du später selbst mit deinen Angehörigen aus deinen Vorräten nachmachen hergeben.

Berlin, den 26. September 1918.

Preussischer Staatskommissar für Volksernährung.

Verordnung.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Beförderungszustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimmen wir für den Beförderungsbereich des 18. Armeekorps und des Gouvernements Mainz:

1. Militärfrachtbriefe (vergl. Erlaß des Kriegsministeriums vom 19. Juli 1918 Nr. 381/7. 18. A. E.) dürfen nur mit schriftlicher Genehmigung des vorausgehenden stellvertretenden Generalkommandos durch Frachtereien, denen die Eisenbahnverwaltungen den Frachtbriefstempel überlassen haben, hergestellt werden.

2. Zivilpersonen ist die Verwendung von Militärfrachtbriefen zu nicht militärischen Sendungen verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Frankfurt a. M./Mainz, den 21. September 1918.

Stellvertretendes Generalkommando des 18. Armeekorps.
Der stellv. Kommandierende General:
Niedel, General der Infanterie,
Gouvernement der Festung Mainz.
Der Gouverneur der Festung Mainz:
Bausch, Generalkommandant.

Beschluß.

Auf Grund der §§ 39 und 40 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 hat der Bezirksausschuß in seiner Sitzung vom 9. Oktober 1918 beschloffen, die Schonzeit für Rebhühner für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden auf das ganze Jahr auszudehnen. Bezüglich der Rebhühner, Bachteln und schottischen Moorhühner soll es bei dem geschlossenen Beginne der Schonzeit — 1. Dezember — verbleiben.

Wiesbaden, den 9. Oktober 1918.

Der Bezirksausschuß: Baurmeister.

An die Herren Bürgermeister.

Sollte wegen der herrschenden Grippe die Schließung von Schulen erforderlich erscheinen, so ersuche ich umgegendlich diesbezügliche Anträge bei mir zu stellen.

Dillenburg, den 17. Oktober 1918.

Der königl. Landrat: v. Sybel.

Fleischversorgung.

In der Verordnung vom 2. Oktober befindet sich ein Druckfehler. Es muß nicht heißen: Diese Verordnung gilt vom 25. d. Mts., sondern vom 25. v. Mts. ab, also vom 25. September.

Dillenburg, den 16. Oktober 1918.

Der Kreisaußschuß: v. Sybel.

Fleischversorgung.

In der Verordnung über die Regelung der Fleischversorgung vom 1. Oktober 1916, 6. Januar, 6. März, 21. August und 15. Oktober 1917 werden folgende Aenderungen vorgenommen:

1. Der 3. Absatz des § 16 der Verordnung vom 1. Oktober 1916 wird gestrichen.
2. Der 2. Absatz des Zusatzes zu § 16 der Verordnung vom 15. Oktober 1917 erhält folgende Fassung:

Von dem amtlich festgestellten Gewichte des Schlachtviehflisches und des Wildbrets stehen jeder Person des Haushalts (Kinder unter 6 Jahren und Kriegsgefangene gelten als halbe Personen) 400 Gramm zu.

Diese Verordnung gilt vom 25. v. Mts. ab. Für Hauswirtschaftungen, die vor dem Zeitpunkt vorgenommen sind, verbleibt er hinsichtlich der Anrechnung der Fleischvorräte bei den bisherigen Vorschriften.

Dillenburg, den 2. Oktober 1918.

Der Kreisaußschuß: J. B. Fr. Jung.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Einige Gemeinden haben auf ihren Grundstücken (Baldungen, Viehweiden) das Sammeln von Buchedern verboten oder eingeschränkt. Derartige Verbote sind ohne weiteres nicht statthaft. Ich ersuche daher, dieselben durch eine erneute Bekanntmachung im Kreisblatt aufzuheben. Sollten besondere Umstände vorliegen, so bedarf es zur Beibehaltung eines Verbots meiner Genehmigung.

Dillenburg, den 16. Oktober 1918.

Der königl. Landrat: v. Sybel.

Dillenburg!

Das Vaterland ist in höchster Gefahr!

Welt und Reichsleitung müssen wissen, daß bei Fortdauer des Vernichtungswillens unserer Feinde ein festentschlossenes deutsches Volk bereit ist, den Krieg mit demselben Geiste zu Ende zu führen, mit dem es ihn im August 1914 auf sich nahm.

Nur wenn alle Deutschen in Mut und Entschlossenheit einig sind, wird schwerste Not und größtes Elend von uns und unsern Nachkommen abgewendet.

Der Wille aber muß Ausdruck finden in einem großen Erfolge der Kriegsanleihe.

Zeichnet alle wie ein Mann die Neunte!

Dillenburg, den 18. Oktober 1918.

Der Magistrat:

Dr. Rosenow.

Montag oder Dienstag nächster Woche trifft ein

Waggon Weißkraut

ein und kann bestellte Ware abgeholt werden.

Friedrich Groß, Marbachstraße 25.

Speisemöhren und Kohlraben und die anderen bestellten Gemüse treffen 8 Tage später ein.

Lücht. Kühen-, Haus- u. Zimmermädchen

gesucht. (3797)

Cöln a. Rh., Hotel Hohenzollern,

Hohenzollernring 67.

Kürnbauer Vose M. 3.—
Kole " " 3.—
Heberlinger " " 3.—
Jede Völe u. Porto 45 Pfg.
Gebr. Heinrich, Weblar.

Kompeller neuer leichter Erntewagen

zu verkaufen.
Adolf Schäfer
Wagnermeister,
Oberseid.

Gut erhaltener Erntewagen

zu verkaufen. Näheres bei
Wagner Ortmann
Weidelsbach

Gebrauchter Herd

zu kaufen g. lücht. Näheres
Kemper, Gefangenenlager
Prinzshofel, Oberseid.

Kartoffel

auf Bezeichnung zu kaufen
gegen sofortige Bezahlung.
Frau Katharine Konrad,
Grube Hachelbach
bei Sechsbelden.

Aletern- und Eichen-Särge

lowie Zinksärge zu Ueberführungszwecken. 2818

Franz Kann,

Marbachstraße 5.

Tüchtiges Dienstmädchen

in kleinen, ruhigen Haushalt
sogleich gesucht
Frau Postdirektor
Krengel.

Verloren

auf dem Wege Rheinststraße
—Marbach ein gestr. schwarz.
Tuch. Wiederbringer erhält
Belohnung.
Näheres Friedrichstr. 3.

Jugendwehr!

Die Jugendwehrrkompanie
Dillenburg tritt zu der am
Samstag den 19. d. Mts.
Nachmittags 3 Uhr stattfin-
de-nden **Beerdigung** des
Kameraden **Hans von der
Nende** in der Marbachstraße
Nr. 4 an.

Es wird gebeten vollständig
in Uniform ohne Gewehr
zu erscheinen.

Der Kompanieführer.

Rückständig Bienenzucker

muß bis 22. Oktober abge-
hott sein. 3809

A. G. Gulbrod.

Ein schönes Vogelsberger Rind

umständehalber zu verkaufen
bei
Reinhold Klost
Flammersbach.

Milch- u. Fahrhuß

zu verkaufen. (3802)
Heweß 6.

Bessere Familie sucht 5-6 Zimmer-Wohnung

nebst Küche und Zubehör in
Dillenburg, Herborn, Haiger
oder Umgegend. Angebote
unter F. B. 3785 an die
Geschäftsstelle.

Mitrichtliche Nachrichten. Haiger.

Sonntag, den 20. Oktober.
Vorm. 10 U.: Außerordentl.
Büh- und Festg. Com.
Kollekte.

10 U.: Allendorf. Seit-fuh.
2 U.: Haiger. Seit-fuh.
Mitw. 9 U.: Jungfrauenv.
Freitag 9 U.: Jünglingsverein.



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
daß man vom Liebsten, was man hat,
muß scheiden.

Wir machen die schmerzliche Mitteilung, daß nach
Gottes allmächtigem Willen unser lieber, guter hoff-
nungsvoller Sohn, Bruder, Schwager und Onkel,

Hermann Kuhl,

Musikier im Ref.-Inf.-Regl. 80.

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse.

in den schweren Kämpfen im Westen am 23. Sept.
1918 den Heldentod fürs Vaterland gestorben ist.

Ballersbach, den 14. Oktober 1918.

Im Namen der tieftrauernden Angehörigen:

Heinrich Kuhl, Bürgermeister.



Todes-Anzeige.

Wir erblieben die traurige Nachricht, daß
unser guter, unversehrter Sohn

Hans Schmidt,

Pionier in einer bayern. Pion. Komp.

am 11. ds. Mts. im 19. Lebensjahre sein junges
hoffnungsvolles Leben lassen mußte.

In herbem Schmerz

Familie Werkmeister Schmidt.

Offenbach (Dillhr.), den 17. Okt. 1918.

Heute Abend 11 Uhr entschlief sanft im stillen
Glauben an ihren Heiland meine liebe Frau,
unsere gute, treulorgende Mutter, Großmutter,
Schwester, Schwägerin und Taufe

Elisabeth Reeb

geb. Schneider

im 64. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bittet

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Philipp Reeb.

Eibelshausen, Hamborn a. Rh., Dillenburg,
Herborn u. westl. Kriegsschauplatz, 16. Okt. 1918

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. Ok-
t. nachm. 1 1/2 Uhr statt.

Heute Morgen 8 Uhr verschied nach kurzem
schwerem Leiden mein lieber Gatte, unser guter
Vater

Heinrich Christian Apel

im Alter von 56 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Frau Johanna Apel

geb. Wenl

und Kinder.

Amdorf, den 17. Oktober 1918.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 20. Ok-
t. nachmittags 1 Uhr statt.